

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 10 Pf. ...

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6. ...

Ar. 80. — 86. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag, den 5. April 1927

Neue Pläne zum Wohnungsban.

Zu den Plänen, mit Hilfe amerikanischer Kapitalkräfte an verschiedenen Stellen im Deutschen Reich Wohnhäusern auszuführen, wird uns von besonderer Seite geschrieben: Gewiß geschieht es nicht um unserer „schönen Augen“ willen, wenn eine amerikanische Kapitalistengruppe es übernehmen will, uns in unserer Wohnungsnot zu Hilfe zu kommen und zunächst in Berlin, aber — wenn man dort mit dem Magistrat zum Abschluß kommt — auch an der Ruhr, im sächsischen Industriegebiet und an anderen Plätzen dringender Wohnungsnot den Bau zahlreicher Wohnungen zu finanzieren.

Berlin braucht, wie mehrfach berechnet ist, zurzeit mindestens 180 000 neue Wohnungen und plant für 1927/28 die Errichtung von 27 000; freilich ist durchaus unsicher, ob das Geld hierfür vorhanden ist. Im ganzen Reich ist der Wohnungsbedarf mit rund einer Million wohl nicht zu hoch beziffert. Die Bautätigkeit in der jetzt beginnenden Saison läßt sich aber sehr schlecht an, da ebensowohl die Preise für Baumaterialien als auch die Löhne nicht unerheblich gestiegen sind.

Aber so ganz bedeutungslos bleibt das amerikanische Angebot denn doch nicht. In ganz Deutschland sind Wohnungen gebaut worden unter Kosten, die erheblich höher sind als diejenigen, die jetzt die Amerikaner in Aussicht nehmen. Hoffen sie doch, die Mietpreise so niedrig halten zu können, daß diese nur 120 % der Friedensmieten für gleichartige Wohnungen ausmachen. Das würde natürlich den Widerstand gegen eine weitere Veranschärfung der Mietpreise erheblich verstärken, also dadurch die unter gänzlich anderen finanziellen Verhältnissen lebenden Hausbesitzer auf den Plan rufen. Allerdings kommt doch nur eine gegenüber dem Gesamtbedarf recht geringe Zahl von Neubauten in Frage; sollen doch nach den Plänen des preussischen Wohlfahrtsministeriums allein im Jahre 1927-28 rund 250 000 Wohnungen gebaut werden.

Wenn es also auch an schweren Bedenken gegen die amerikanischen Vorschläge nicht fehlt, so ließe sich möglicherweise einmal ein kleines Experiment in genau festgelegtem Rahmen wagen. Das könnte der Anstoß zu der dringend notwendigen allgemeinen Belebung des Bauwesens sein.

Noch 75 000 Mann Besatzungstruppen.

Die Belastung des Rheinlandes.

Schlechte Wirtschaftslage der Rheinprovinz.

Bei der Eröffnung des 73. Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf führte der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, in seiner Ansprache u. a. aus: Entgegen unseren berechtigten Ansprüchen und entgegen den Ermahnungen wirtschaftlicher und politischer Vernunft steht die fremde Besatzung noch immer mit 75 000 Mann auf deutschem Boden und mit der überwiegenden Zahl innerhalb unserer Provinz. Wir würdigen es, daß bei manchen Stellen der Besatzungsmächte der Wille vorhanden ist, das Besatzungsregime für die Bevölkerung erträglich zu gestalten. Aber abgesehen davon, daß eine so unerhörte starke Truppenbesetzung zwangsläufig eine ungeheure Belastung mit sich bringt, ist schon die bloße Tatsache, daß sieben Jahre nach Eintritt des Friedens noch fremde Truppen in einem der ältesten Kulturländer stehen, völlig unfassbar und niederziehend. So lebhaft wir auch die Befreiung ersehnen, so möchten wir doch eine vorzeitige Räumung nicht auf Kosten des Gesamt Vaterlandes erstreben; wir möchten die Besatzungsstrafen keinesfalls verkürzt wissen um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Zersetzung von unbegrenzter Dauer.

Zur wirtschaftlichen Frage erklärte der Oberpräsident: Die berechtigten Klagen, daß die besetzten Gebiete ihre während des schweren Existenzkampfes verlorenen innerdeutschen Absatzgebiete nicht wieder erlangen können, wollen nicht verstümmen. Demgegenüber dürfen wir von dem von der Besatzung und sonstigen unmittelbaren Einwirkungen unserer ehemaligen Gegner verschont gebliebenen Deutschland erwarten, daß es für unsere Lage ausreichendes Verständnis zeigt. Vor allem haben wir auch Anlaß, darauf hinzuweisen, daß wir kein unsicheres Ausland sind, von dem man sich vorzeitig fernhält. Unsere ausgezeichneten Kurorte und herrlichen Sommerfrischen sollten die deutschen Reisenden zum mindesten gerade so anziehen wie die ausländischen Bäder. Deutlich

pragt nun im Verhältnis zu den übrigen Reichsteilen die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Provinz aus in der Verfassung des rheinischen Arbeitsmarktes. Die Rheinprovinz hat über 226 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung, demnach 38 Erwerbslose auf das Tausend der Einwohnerzahl gegen nur 33,2 im Reichsdurchschnitt.

Maginot gegen Räumung des Rheinlandes

Im Verlaufe einer öffentlichen Versammlung der Patriotenliga in Bar-le-Duc hat der ehemalige Kriegeminister Maginot das Wort ergriffen und sich gegen die Räumung des linken Rheinufer vor Ablauf der durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzten Fristen ausgesprochen, da eine derartige Räumung ein wahres Verbrechen gegen das Vaterland und ein Verbrechen gegen Polen wäre. Er sei nicht Gegner der deutsch-französischen Annäherung, wenn auch das Wort Annäherung in seinen Ohren schlecht klinge. Aber wenn diese Annäherung mit der Aufhebung der französischen Besatzung des linken Rheinufer bezahlt werden müßte, dann sei er für Beibehaltung der französischen Truppen am Rhein.

Amerika und der Weltkrieg

Anlaßlich des zehnten Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg hat die Newyorker „World“ führende Männer der ganzen Welt um ihre Ansicht über die Bedeutung dieses Schrittes gebeten. Von deutschen Persönlichkeiten äußerte General Ludendorff: Das amerikanische Volk ist nicht in den Krieg eingetreten, sondern durch Wilson auf Befehl der Juden, Freimaurer und Jesuiten mittels einer Lügenpropaganda auf den Leim getockt und wie Vieh zur Schlachtkanone getrieben worden. Madensen erklärt: Amerikas Eintritt entschied die Niederlage Deutschlands und schädigte dadurch ganz Europa. Der Friede ist jetzt nicht mehr gesichert als früher. Amerika hat zur Sicherung des Friedens weniger beigetragen als zur Besetzung Deutschlands. Der ehemalige Deutsche Kaiser antwortete durch den Admiral von Rebeur mit dem englischen Sprichwort: Ratten eilen dorthin, wo Engel fürchten hinzugehen.

Stresemann über die Konkordatsfrage.

Für Staatshoheit in der Schulpolitik.

Auf einer Kulturtagung der Deutschen Volkspartei nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um sich über einige kulturpolitische Fragen zu äußern. Er glaube, daß die große Bedeutung dieser Frage auf dem inneren Gebiet deutschen Geisteslebens liege. Nach dem Vorgang in Bayern heiße sie nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht“, sondern „Reichskonkordat oder Landeskonkordat?“ und müsse leidenschaftslos behandelt werden. Die Parteilinie müßte jetzt ganz betwacht auf die Frage des Konkordats hingelenkt werden. Er sei der Überzeugung, daß der Einfluß der Volkspartei in diesen Fragen weit über ihre Grenzen hinausgehe. Die Volkspartei werde durch ihre Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Diese Fragen seien so bedeutend, daß auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei sich mit ihnen befassen müsse.

In einer Entscheidung bekennet sich der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei aufs neue zu dem Gedanken der Staatshoheit auf dem Gebiete der Schulpolitik. Mit diesem Gedanken, so wird in der Entscheidung weiter betont, ist der Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar. Der amtliche Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht muß in eine Form gebracht werden, wodurch die letzte Entscheidung über Zahl der Religionsstunden, Lehrplan, Lehrbücher und dergleichen dem Staate verbleibt. Insbesondere darf dieser Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer überleitet werden.

Zweite Rede Stresemanns zur Konkordatsfrage.

Eigener Fernsprechkabli des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 4. April. Auf der heute in Berlin tagenden Versammlung der Parteibeamten der Deutschen Volkspartei hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann ein Referat über die Außenpolitik. Anlässlich dieser Ausführungen nahm Dr. Stresemann auch Veranlassung, zu den Berichten über seine Rede auf der kulturpolitischen Tagung der Partei Stellung zu nehmen und führte dazu folgendes aus: Die Berichte über meine Rede zu den kulturellen Fragen tragen ganz überwiegend die Ueberschrift, daß diese Rede eine

Kampfanlage gegen den Gedanken eines Konkordats gewesen sei. Das widerspricht den Tatsachen, wie diejenigen von Ihnen, die an der kulturpolitischen Tagung teilgenommen haben, am Besten feststellen können. Wie auch aus den gekürzten Berichten über meine Rede hervorgeht, habe ich an den Anfang meiner Ausführungen den Gedanken gestellt, daß die Frage des Konkordats nicht von prinzipiellen Gesichtspunkten aus gelöst werden solle, sondern daß man diese Dinge prollisch ansehen müsse. Nachdem in Bayern ein Konkordat abgeschlossen werden sei und man in Preußen über ein Konkordat verhandele, stehe man bezüglich der Frage des Reichskonkordats nicht mehr ohne Bindungen da und habe zu der Frage des Reichskonkordats neben den Länderkonkordaten oder anstelle von Länderkonkordaten Stellung zu nehmen. Gegenüber der prinzipiellen Ablehnung eines Vertragsabchlusses zwischen dem Staat und der Kirche überhaupt habe ich darum erklart, diese Frage leidenschaftslos zu behandeln und die Entwicklung abzuwarten. Ich befinde mich in meinem Standpunkt zu dem Gedanken eines Reichskonkordats, zu dem ich als Mitglied des Reichskabinetts bereits Stellung zu nehmen hatte, in voller Uebereinstimmung mit den Erklärungen, die der Reichskanzler seinerzeit über den Stand dieser Dinge und ihre Entwicklung abgegeben hat.

Der zweite Teil meiner Rede, der sich auf die Entwicklung der kulturellen Verhältnisse im Reich und in den Ländern bezog, war nicht auf den Gedanken des Konkordats in erster Linie oder allein abgestellt, sondern umfaßte entsprechend der Tagesordnung dieser kulturpolitischen Tagung die Stellung der Deutschen Volkspartei überhaupt gegenüber einer etwaigen Entwicklung, die wichtige Grundzüge der Gewissensfreiheit aufgeben könnte. Demgegenüber habe ich den der Öffentlichkeit bekannten programmatischen Standpunkt der Deutschen Volkspartei vertreten, der bereits wiederholt zum Ausdruck gekommen ist und habe darauf hingewiesen, daß im Falle einer solchen Entwicklung die Deutsche Volkspartei die Verpflichtung hätte, während an der Abwehr derartiger Bestrebungen mitzuwirken.

Die Demokraten zur Konkordatsfrage.

Eigener Fernsprechkabli des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 5. April. Im Reichstage haben die Demokraten eine Entschlieung eingebracht, in der die Reichsregierung ersucht wird: 1. Kein Konkordat abzuschließen, das die Freiheit der kulturpolitischen Gesetzgebung beschränkt und dessen Bestimmungen Fragen des Bildungswesens betreffen. 2. Auf die Länderregierungen im gleichen Sinne einzuwirken. 3. In dem angeführten Reichsschulgesetz: a) die verfassungsmäßigen Rechte der Gemeinschaftsschule; b) die Schulhoheit des Staates; c) die Beamtenrechte und die Gewissensfreiheit des Lehrers zu gewährleisten und b) der Schädigung des deutschen Schulwesens durch Zerspaltung vorzubeugen.

Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen in Paris.

Eigener Fernsprechkabli des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 5. April. Im Laufe des heutigen Tages werden die deutsch-französischen Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages wieder aufgenommen werden.